



***Wenige Monate vor den Olympischen Spielen ist die Eiserne Lady ab diesem Montag aufgrund eines verlängerbaren Streiks der Mitarbeiter der Betreibergesellschaft geschlossen. Die Gewerkschaften beschuldigten die Pariser Stadtverwaltung, die die Betriebsgesellschaft des Eiffelturms verwaltet, des finanziellen Missmanagements.***

Der Eiffelturm ist ab Montag, dem 19. Februar, aufgrund eines verlängerbaren Streiks geschlossen. Die beiden Gewerkschaften, die das Personal der Betriebsgesellschaft vertreten, kündigten gegenüber der Nachrichtenagentur AFP an, dass sie die finanzielle Verwaltung der Anlage kritisieren und mit einem Streik während der in Paris stattfindenden Olympischen Spiele drohen.

Die Gewerkschaften CGT und Force Ouvrière (FO) forderten die Pariser Stadtverwaltung, die Mehrheitsaktionärin der Société d'exploitation de la tour Eiffel (Sete) ist, auf, „bei ihren finanziellen Forderungen vernünftig zu sein, um den Fortbestand des Monuments und des Unternehmens, das es verwaltet, zu gewährleisten“.

Die Gewerkschaften, die bereits Ende Dezember, am 100. Todestag von Gustave Eiffel, einen Streik initiiert hatten, prangern ein „zu ehrgeiziges und unhaltbares“ Wirtschaftsmodell mit einer „Unterbewertung der Baubudgets“, gekoppelt mit einer „Überbewertung der Einnahmen“, an.

Laut CGT und FO ist dieses Wirtschaftsmodell „nach der Covid-Periode, die die Einnahmen um 120 Millionen aus dem Kartenverkauf geschmälert hat, untragbar geworden“.

**„Besorgniserregender Verfall des Denkmals“**

Die Gewerkschaften weisen die Direktion der Betriebsgesellschaft auf den Zustand des Denkmals trotz der laufenden Restaurierungsarbeiten hin: „Zahlreiche Korrosionsstellen sind sichtbar, Symptome einer beunruhigenden Verschlechterung des Turms“, und dies zu einer Zeit, in der „die letzte Anstrichkampagne, die das wichtigste Unterpfand für die Erhaltung des Denkmals ist, die Kosten für die Durchführung in die Höhe schnellen ließ“ mit „100 Millionen Euro, die für eine partielle Anstrichkampagne von nur 3 % des abgebeizten Denkmals investiert wurden“.

**Die Gewerkschaften fordern die Einrichtung eines „speziellen Stiftungsfonds im Hinblick auf die kolossalen Ausgaben, die in den kommenden Jahrzehnten anfallen werden“.**